

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 38 (1948)
Heft: 21

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Komplizierte Finanzreform

-an- Die Verlängerung der Diskussion um die eidgenössische Finanzreform haben wir der ständerätlichen Kommission zu verdanken, welche die vom Bundesrat unter dem Namen «Tilgungssteuer» vorgeschlagene «verlängerte und veränderte Wehrsteuer» ablehnte und allerlei Gegenvorschläge machte. «Direkter Finanzausgleich» lautet der eine dieser Gegenvorschläge... das heisst, Rückgriff des Bundes auf die kantonalen Einnahmen, um die Bundesrechnung auszugleichen. «Defizitsteuer» ein anderer. Das heisst, dass dem Bunde für den Fall der Unmöglichkeit, die Bilanz auszugleichen, das Recht zugestanden werden sollte, eine «Eventualsteuer» zu erheben. Der Bundesrat will davon nichts wissen, und es ist gut, dass er nicht auf verwirrenden und Unsicherheit schaffenden Fundamenten bauen will. Man müsste ja wohl wissen, auf welcher rechtlichen Basis eine solche «Vielleichtsteuer» erhoben werden könnte, und wenn der Ständerat zum Schlusse käme, die Tilgungssteuer könne ja beschlossen werden, jedoch nur von Fall zu Fall, immer wenn der Bund sie nötig habe, dann würde dies bedeuten, dass man den Bürger just dann zu schröpfen beabsichtigte, wenn er sowieso nicht imstande sei, soviel abzuliefern, wie der Vater Bund benötigte.

Es ist ein leidiger Streit um die Frage, ob «Vermögen» oder «Einkommen der breiten Masse» die Hauptlast der Schuldentilgung zu tragen haben sollen. Wenn die Diskussion über diese Fragen im Laufe der Zeit einige neue Einsichten fördern sollte, könnte es nicht schaden. Eigentlich waren die Nationalökonomien immer der Ansicht, in Zeiten wirtschaftlicher Notlage müsste man die Steuer-schraube eher lockern, nicht schärfer anziehen. Woraus sich ergäbe, dass der eidgenössische Finanzhunger nicht just in schlechten Zeiten noch mehr anwachsen dürfte.

Das wichtigste Diskussionsmoment aber bleibt immer die Frage, auf welche Weise sich das Vermögen revanchieren wird, falls man seine Besitzer zu sehr belastet, und zu welchen Reaktionen in der nationalen Wirtschaft es führen muss, falls man dem Einkommen zuviel zumutet. Man rechnet immer nur mit den «ersten Zahlen» und vergisst die weitem. Verhindert man die Vermögensbildung, bezahlt man es am Schluss mit einer Zinsfuss-Steigerung, und schröpft man das Einkommen zu sehr, drückt man den Konsum und schädigt schliesslich auch wieder die Vermögensbildung. Was übrigens bei der ganzen Sache viel zu wenig studiert wird, das ist die Rückwirkung der Belastung auf die «mittlern und kleinen Vermögen», deren Umfang die Bedeutung unseres Mittelstandes ausmacht. Ist die «Rettung des Mittelstandes» keine leere Phrase, müsste jede Schmälerung dieser kleinern Vermögen, und jede Belastung der Einkommen, welche diese Schmälerung fördert, konsequent vermieden werden. Geschieht dies

aber genugsam, indem man beispielsweise eine Tilgungssteuer ablehnt? Oder müsste mehr geschehen?

Der «Heilige Krieg» im Heiligen Land

Wie am 22. Juni 1941, als die Armeen Hitlers in Russland einfielen, steht heute die Schar der Beobachter ziemlich ratlos vor dem ausgebrochenen Krieg zwischen dem neu ausgerufenen «Staat Israel» und den fünf benachbarten arabischen Staaten und wagt kaum eine Prophezeiung über den möglichen Ausgang des ungleichen Ringens. Die Tatsache, dass der neue «Völkerbund», die «UNO», das verhängnisvolle Geschehen nicht abzubremsten verstand, erschüttert übrigens die Gemüter mehr, als dass sie sich zu diesem historischen Ereignis kühl kalkulierend einstellen dürfte oder könnte. Die Gefahren überdies, welche sich aus jeder Weiterung der Kämpfe ergeben könnten, beschäftigen die Politiker und Journalisten in aller Welt noch mehr als der nunmehr total ausgebrochene Krieg, oder besser, die Ausweitung des bisherigen Bürgerkrieges in einen richtigen, zwar ohne Erklärung eröffneten, aber dennoch «regulären» Krieg von so und soviel anerkannten gegen einen eben neu ausgerufenen Staat.

Obenhin gesehen, ist nicht viel anderes möglich, als dass die Aegypter, Transjordanier, Irakesen, Syrer und Libanesen ihre «Polizeiaktion» in wenigen Tagen beendet haben werden. Kairo meldet die Besetzung von Gaza südlich Tel Aviv, Ammann den Marsch über Jericho und neben Jerusalem vorbei ans Meer, wobei der Flugplatz Lydda erobert wurde, Bagdad und Damaskus wollen die Vereinigung ihrer Armeen am Südende des Sees Genezareth vollzogen und halb Galiläa erobert haben. Bereits wird die Niedermetzelung von jüdischen Siedlern in vereinzelten Kolonien, die sich nicht ergeben wollten, gemeldet. Die zahlenmässige Uebermacht der einmarschierenden Araberstaaten ist gross, und niemand erwartet eigentlich einen erfolgreichen Widerstand der «Haganah», der jüdischen Selbstschutzarmee, auf längere Dauer.

Aber... und hier beginnt eine Menge von Fragen... wird der siegesreichere Vormarsch der transjordanischen «arabischen Legion» mit den Zentren der jüdischen Verteidigung auch so schnell fertig werden wie mit den vorgesehenen Positionen der Haganah? Der voraussichtliche Verlauf der Kämpfe wird sicherlich mit der Tragödie aller Einzelsiedlungen, die während der britischen Mandats Herrschaft von zionistischen Einwanderern irgendwo inmitten arabischen Gebietes angelegt wurden, beginnen. Solche Kolonien gibt es auf der ganzen langen Strecke vom Golf von Akabah im Süden bis zur alten Grenzstadt Dan im Norden. Sie sind besonders zahlreich in der Ebene Jesreel, am westlichen Ufer des Sees Genezareth, dann zwischen Jerusalem und Tel Aviv, südlich Jerusalem, gegen Hebron hin, und endlich ist dem neuen Judenstaat das vor-

dem kaum bewohnte südlichste Dreieck des Landes zugewiesen worden, und sie haben dort zu besiedeln und zu kultivieren angefangen, wo vordem keine Araber gesessen. In dieses Dreieck gehören auch die industriellen Unternehmungen am Toten Meer, wo die Asphaltvorräte dieser brackigen Flut ausgebeutet werden. Auf diese vereinzelten Siedlungen werden sich die Kolonnen der Angreifer werfen, und wenn die Juden nicht ihre Angehörigen verlieren wollen, wenn sie nicht wie weiland die Farmer im Indiangebiet ihre Abschachtung riskieren wollen, so müssen sie zunächst versuchen, all die Vorgesobenen in einen inneren Verteidigungsring zu retten.

Nun scheint es, als hätten die Kommandanten der «Haganah» in den letzten Tagen vor der britischen Mandatsniederlegung versucht, einzelne Positionen zu erobern, die einen solchen innern Verteidigungsring bilden könnten. Oder besser gesagt: Mehrere solcher Ringe. Die Eroberung der Hafentstädte Jaffa bei Tel Aviv und Akka bedeutet, dass man sich einen sichern Rücken gegen das Meer schaffen wollte. Tel Aviv, Jaffa, Haifa und Akka sind drei Häfen, die der Ausschiffung von Kriegsmaterial... und Kämpfern dienen. Beides haben die Verteidiger dringend und in grossem Umfange nötig, und je länger die Kämpfe dauern, desto wichtiger wird diese Zufuhr. Einen weitem Ring scheint die Haganah durch die Sicherung der Verbindung mit Jerusalem erstrebt zu haben. Am Tage des ägyptischen Einmarsches waren aber die arabischen Sperrstellungen westlich und nördlich von Jerusalem nicht niedergekämpft, und nun werden sich wohl dort Transjordanier, Aegypter und heimische arabische Guerillas die Hände reichen. Der dritte Ring sollte in Galiläa geschaffen werden, ein Vorfeld für Haifa und Akka, in welchem die Siedler der Jesreel-Ebene ihren Schutz finden konnten. Die Eroberung der arabischen Stadt Safad lag in der Linie dieser Operationen im Norden.

Welche politischen Hoffnungen hegt Israel?

Die USA haben keine vierundzwanzig Stunden gewartet, bevor sie den neu ausgerufenen Zionistenstaat anerkannten. Warum das? Es wurde vermutet, Präsident Truman habe damit ein fait accompli zu schaffen versucht, damit es nicht die Russen schaffen könnten. Es hat jedenfalls seit Jahren kein so merkwürdiges politisches und diplomatisches Ereignis gegeben, wie diese jähe Anerkennung. Man muss sich überlegen, dass eine gerade Linie vom amerikanischen Vorschlag einer Teilung Palästinas bis zur Ausrufung der «Republik Israel» und nun zur Anerkennung durch die USA führt. Mit andern Worten: Man kann annehmen, dass David Ben Gurion, der den Staat ausgerufen, und der alte Zionist Weizmann, Präsident des nationalen Rates, genau gewusst hatten, was Truman beabsichtige. Ebenso ist gewiss, dass sie den Teilungsbeschluss der UNO als Rechtstitel für die Staatsgründung

ausnützen. Seither ist bekannt geworden, dass der ehemalige Staatssekretär Morgenthau Hilfe für Israel im Rahmen des Marshall-Planes verlangte. Ferner, dass fast unmittelbar nach Ausrufung des neuen Staates ein Gesuch um Aufnahme in die UNO gestellt wurde.

Dies alles zusammengehalten ergibt eine planmässige Zusammenarbeit zwischen Washington und Tel Aviv. Man weiss nur nicht, wie weit die Fäden gespannt sind. Das Verlangen nach «Marshall-Hilfe» kann nicht als «Aufbaukredit» wie etwa im Falle Italien gedeutet werden. Vielmehr denkt man an die militärische Ausrüstung der Türkei und Griechenlands. Das führt aber zur Annahme, dass Washington den neuen Staat bereits als eine der Positionen betrachte, die man vor russischen Zugriffen schützen müsse. Dass auch von der Aufhebung des Waffen-Embargos gegenüber dem jüdischen Staate die Rede ist, stützt durchaus diese Annahme.

Es fragt sich nun, woraus Amerika schliesst, die Russen seien im Begriffe gewesen, in Palästina den ersten Sprung zu tun. Der Geheimdienst Washingtons bringt, nachdem er im vergangenen Jahre vollkommen neu aufgebaut worden, sicherlich allerlei heraus, wovon die Welt nie etwas erfährt. Auf die Veröffentlichung solcher Dinge wird man naturgemäss verzichten müssen. Dem Beobachter drängt sich jedoch Folgendes auf: Mit dem Rückzuge der Engländer, der am 16. Mai begann, machte es den Anschein, als hätten die angelsächsischen Mächte ganz einfach den Staaten der arabischen Liga freies Spiel gelassen, ihnen die Juden ausgeliefert. Sofern man dies annimmt, liegt der Gedanke nahe, die Russen könnten jählings den Entschluss fassen, die Gegenpartei zu unterstützen. Es hätte also dazu kommen können, dass «Israel» automatisch zu einem russischen Stützpunkte an der Levante geworden wäre. Dies wäre klar. Eine weitere Frage lautet: Haben die Amerikaner mit ihrer Anerkennung nicht nur gegen die Russen, sondern auch gegen die Engländer operiert? Wir glauben, dass England und die USA ihre Rollen verteilt haben, dass auch London das Spiel Washingtons mitspielt. Auf diesen Gedanken



Dr. Chaim Weizmann hat die Wahl zum ersten Präsidenten des Staates Israel angenommen. Dr. Weizmann, der heute im 74. Altersjahr steht, war von 1929—31 und von 1935—46 Präsident der Jewish Agency. Sein Nachfolger in diesem Amt war der jetzt zum Ministerpräsidenten der israelitischen Regierung ernannte. David Ben Gurion. Prof. Weizmann, der als Chemiker Weltruf genießt, ist seit 1932 Präsident der hebräischen Universität von Jerusalem. (Photopress)

kommt man, wenn man sich drei Dinge überlegt: Erstens, dass die Engländer, indem sie den vier Angreiferstaaten freie Hand gelassen, vor Anfeindungen Kairo und Bagdads gesichert sind. Syrien und Libanon stehen sowieso auf englischer Seite, verdanken sie doch die Räumung ihrer Länder durch die Franzosen Londons Initiative. Die erhaltene Freundschaft der Angreifer für England sichert die Unversehrtheit der Pipe-Lines, vor allem jener, die bei Haifa mündet. Das ist das eine. Zweitens muss man feststellen, dass die USA von den vier Staaten nicht wohl befehlet werden können, wenn damit gleichzeitig England angegriffen würde. Die Sicherung des mesopotamischen Oels... durch den britischen Rückzug... kommt also mittelbar auch den Amerika-

nern zugute. Kommt hinzu, dass Amerika nicht in erster Linie in Irak und Syrien interessiert ist, in Transjordanien schon gar nicht.

Der dritte, nicht zu vergessende Umstand aber ist der wichtigste. *Ibn Saud, in dessen Gebiete die wichtigsten amerikanischen Oel-Interessen liegen, ist vorderhand nicht unter den Angreiferstaaten*, und wenn er auch weiterhin fernebleibt, dann kommt man auf die Idee, dass ihn die Amerikaner nach gut orientalischer Art «gekauft» haben könnten. Das wird auch wahr bleiben, wenn er sich mit einer platonischen Unterstützung des Angriffs bemerkbar machen sollte. Das «Divide et impera» gegenüber den Arabern würde also in dem Sinne spielen, dass man die vier Nachbarn zunächst operieren lässt, damit die britischen Interessen schützt, die Wut der Vier, welche Amerika nicht direkt treffen können, auf Amerika ablenkt, den Fünften aber, welcher die Interessen der USA treffen könnte, durch Weiterbezahlung oder Erhöhung der Subsidien aus dem Spiel hält.

Damit aber ist der Boden geschaffen, auf welchem man zu gegebener Zeit, sei es im Namen der UNO, sei es ausserhalb ihrer Organisationen, sei es mit ihrer Hilfe... aber immer in ihrem Namen... zu einer Vermittlung schreiten und allenfalls den Frieden gebieten kann. Heute sieht man noch nicht, in welcher Form dies geschehen könnte. Wer aber die Entschlossenheit der amerikanischen Politik kennt, wird überzeugt sein, dass Washington den neuen Staat nicht anerkannt hat, um ihn nachher von arabischen Armeen zusammenhauen zu lassen. Truman hat gehandelt, und die Welt hat von den Abmachungen, die in der Stille getroffen wurden, nur eben die beiden Schlussakte erfahren: Ausrufung des neuen Staates in Tel Aviv und Anerkennung durch die USA. Dass sie in ein Netzwerk von weitergehenden Plänen gehören, wird sich im Laufe der weitem Entwicklung ergeben. Und vielleicht auch, dass Washington damit ein anderes Netzwerk zerrissen, bevor es gesponnen werden konnte.

Die amerikanischen Juden haben gejubelt, als sie von der Ausrufung... und von der Anerkennung Israels durch die USA vernahmen. Sie wären, wenn die Anerkennung nicht erfolgte, betrübt gewesen. Was sie aber empfunden hätten, falls Moskau die Anerkennung zuerst ausgesprochen, kann man sich ausmalen. Und dass Amerika nachher nicht nur einen russischen Stützpunkt in der Levante, sondern auch eine «jüdische fünfte Kolonne» im eigenen Lande als Gespenster hätte aufsteigen sehen, ist selbstverständlich.

Jeder Schluss, den man aus dem Geschehenen zieht, ergibt, dass «Israel wahrlich nicht ohne Hoffnung und ohne Freunde» seinen Weg angetreten. Die Rivalität der beiden entscheidenden Weltmächte ist vielleicht seine grösste Chance. Die Enttäuschung über England, in zionistischen Kreisen weit verbreitet, wird sich unter Umständen legen, sobald es sich zeigt, dass London eine unhaltbare Doppelstellung räumen musste, um gemeinsam mit den USA ein raffinierteres und erfolgreicherer Spiel gerade zugunsten Israels zu spielen.



Auszug der Engländer aus Palästina

Zum Abschied spielen schottische Highlander auf ihren Dudelsäcken auf dem Hügel des schlechten Rates bei Jerusalem ein Klagelied, während die britischen Flaggen auf dem Regierungsgebäude eingezogen werden. So jämmerlich die Dudelsäcke quaken, man kann es den vier «Boys» in ihren malerischen Uniformen nicht recht glauben, dass es ihnen leid sei, die Heilige Stadt und Palästina zu verlassen.



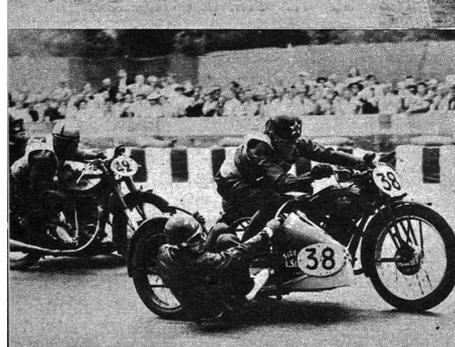
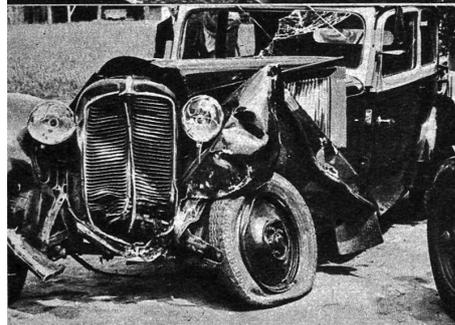
Italienisch-Bündens grosser Tag!

Bundespräsident Dr. Enrico Celio trifft zusammen mit seiner Gattin, auf der Piazza comunale in Poschiavo

Durch die Abdankung der Königin Wilhelmina von Holland, welche ihren Titel nur mehr bis zu dem in diesem Jahre stattfindenden 50. Krönungsjubiläum tragen will, musste ihre Tochter, Kronprinzessin Juliana zum zweiten Male die Regentschaft übernehmen. Vor den vereinigten Kammern leistete sie im Rittersaale als Regentin den Eid auf die Verfassung ab. Neben der Regentin in Uniform ihr Gatte, Prinz Bernhard der Niederlande. (ATP)

Am Samstagabend ereignete sich bei Oberwangen auf der Strasse Bern-Freiburg ein schweres Unglück, das ein Todesopfer forderte. Ein von Freiburg kommender französischer Wagen wollte einen Radfahrer überholen und stiess dabei mit einem aus der Gegenrichtung heranfahrenden Automobil zusammen. Dieser zweite, ebenfalls französischen Insassen gehörende Wagen, hat bei dem Zusammenprall am stärksten gelitten. Eine Frau wurde aus dem Fond nach vorn durch die Windschutzscheibe aus dem Wagen geschleudert und fand dabei den Tod.

Mit hervorragender internationaler Besetzung ging auf dem «Circuit des Nations» der Grosse Preis der Schweiz für Motorräder in Szene. In der Klasse Seitenwagen bis 600 ccm gelang es dem Schweizer Hans Haldemann, auf Norton, die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. — Unser Bild zeigt vorne Roger Varrot (Frankreich) auf Sarolèa und hinter ihm in schärfster Verfolgung den Sieger. (ATP)



Der britische Thronfolgerbesuch in Paris. Die britische Thronfolgerin, Kronprinzessin Elisabeth und ihr Gemahl, der Herzog von Edinburgh, haben über Pfingsten der französischen Metropole einen Besuch abgestattet, der Anlass zu einer Reihe von Empfängen und gesellschaftlicher Anlässe bot. — Unsere Aufnahme zeigt Kronprinzessin Elisabeth bei der Eröffnung der Ausstellung

«Acht hundert Jahre britischen Lebens in Paris» im Galliera-Museum. Sitzend v. l. n. r.: Aussenminister Georges Bidault, der Herzog von Edinburgh, Verkehrsminister Pineau, der Organisator der Ausstellung und Pierre de Gaulle, der Pariser Stadtpräsident. (Photopress)



Links

Prinzessin Elisabeth vor dem Hute ihres Urgrossvaters... Eines der sonderbarsten Schaustücke der Ausstellung «Acht Jahrhunderte britisches Leben in Paris», die Prinzessin Elisabeth im Galliera-Museum feierlich eröffnete, ist wohl der Zylinderhut des Königs Edward VII. Edward war schon als «Prince de Gaules» ein grosser Verehrer Frankreichs, Paris' und seiner mondänen Bäder am Mittelmeer und am Atlantik. Der elegante Herr war massgebend in Modesachen.

Die Schweiz schlägt Schottland 2:1

Eine Prachtspare Corrodis

Nach zwei Niederlagen gegen die Schotten gelang der Schweiz im dritten Länderspiele ein knapper Sieg. Es war kein besonders hochstehendes Spiel, aber dafür ein harter Kampf, der den 32 000 Zuschauern auf dem Wankdorfstadion in Bern vordemonstriert wurde.

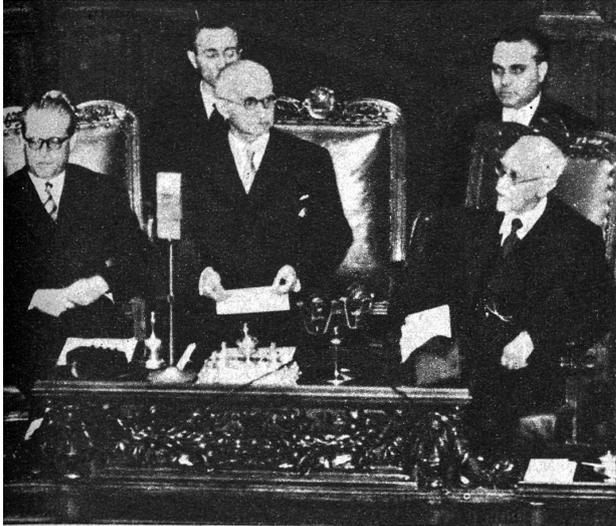


Italien—England 0:4 in Turin

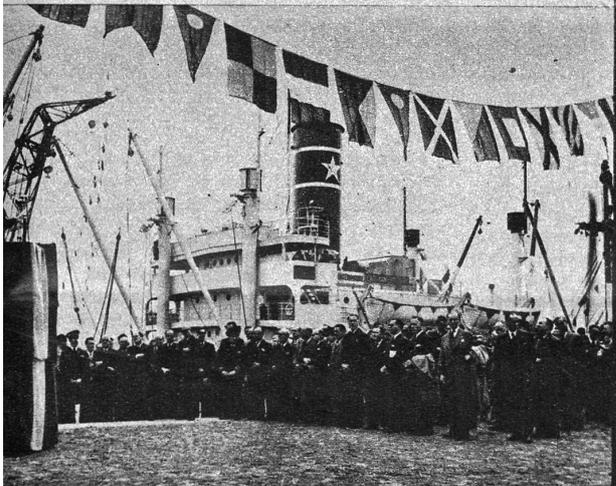
Englands Verteidigung mit Torhüter SWIFT hat in Turin gegen die quecksilbriggen Italiener die «Feuerprobe» glänzend bestanden. Dem britischen Schlusstrios war auch mit den gerissensten Tricks einfach nicht beizukommen. Hier streckt sich der lange englische Tormann Swift nach einem Ball und tötet ihn ab.



Mein Besuch bei Graf Sforza, Italiens Aussenminister



Die Vereidigung des neuen italienischen Staatspräsidenten. Der zum Staatsoberhaupt der italienischen Republik gewählte Luigi Einaudi, hat vor dem in feierlicher Sitzung versammelten Parlament den Eid auf die Verfassung geleistet. Unser Bild: Nach der Eidesleistung in der Aula von Montecitorio verliest Präsident Einaudi seine erste Botschaft an das italienische Volk.



Während die Engländer bis am 14. Mai Palästina geräumt haben, machten sich bereits arabische Truppen bereit, ins Heilige Land einzumarschieren. Hier sehen wir zwei Camions mit arabischen Soldaten auf der Strasse, die nach Jerusalem führt, wo sie an den Kämpfen am Oelberg teilnehmen wollen. (NYT).



Das erste Schiff des Marshall-Planes ist in Frankreich angekommen. Hohe französische und amerikanische Funktionäre, unter ihnen der amerikanische Gesandte in Frankreich, Herr Jefferson Caffery, hatten sich am 10. Mai in Bordeaux eingefunden, um der Zeremonie der Entgegennahme der Ladung des Schiffes beizuwohnen, das 8800 Tonnen Getreide mit sich führte. (NYT).

Die Existenz, d.h. das Leben, eines Journalisten ist voll Ueberraschungen. Das gibt demselben seinen Reiz und Interesse. Vor einigen Tagen sandte ich einen einfachen Brief an den Conte Sforza, indem ich mir erlaubte, ihn um ein Interview zu bitten. Meiner Eingebung folgend adressierte ich diesen an seine Privatadresse. Im Geheimen war ich auf eine lange Wartezeit und eine negative Antwort gefasst, da diese fast immer durch irgend einen dritten Sekretär des Ministeriums gegeben wird. Diesmal aber hatte ich Glück. Postwendend erhielt ich vom Privatsekretär des Aussenministers, Herrn Calef, eine zusagende Antwort. Mein Gesuch wurde angenommen und seine Exzellenz erwartet mich.

Ein pinktlicher Minister.

In Rom angekommen, wurde ich sofort von Herrn Calef empfangen. Dieser ist ein Mann von lebhafter Intelligenz und sehr freundlich. „Der Minister“, sagt er mir, „wird Sie heute Nachmittag empfangen und bittet Sie um vier Uhr hier zu sein, da er schon um halb fünf zu einer Ministerrats-sitzung im Viminale sein muss.“ - Zehn Minuten vor der verabredeten Zeit war ich im Ministerium, im Palazzo Chigi. Punkt vier Uhr öffnet sich die Verbindungstür des Warteraumes zum Privatkabinett des Ministers. Ein nüchterner Raum von imposanter, echt italienischer Architektur, mit wenigen, kunstvollen Möbeln. Das Ganze in klassischer Harmonie. Graf Sforza steht beim Fenster. Seine grosse, stattliche Erscheinung gibt einen überraschenden Eindruck von ruhiger Ueberlegenheit. Sein Blick frappt mich. Voll Sanftmut bestimmt, aber auch voll Willenskraft und Entschlossenheit. Eine grosse Aktionsnötigkeit, für lange Jahre zurückgedrängt, gibt seinen Augen einen eigenartigen, starren doch unruhigen Blick. Sein gepflegter, grauer Spitzbart unterstreicht die ehrwürdige Erscheinung dieses alten Diplomaten. Ein Herr von fünfundsiebzig Jahren? Oh nein! Höchstens sechzig schätzt man ihn. Und welch' elegante Gebärde beherrscht seine Bewegungen. Unvermittelt wendet der Minister sich mir zu.

Glauben Sie an die Vereinigten Staaten Europas?

Er bittet mich Platz zu nehmen, weist auf einen bequemen, ledernen Sessel hin und erkundigt sich nach dem Inhalt meines Interviews.

Hier meine erste Frage: „Glauben Sie, Herr Minister, an die Verwirklichung der Idee der Vereinigten Staaten Europas?“

Graf Sforza hebt leicht den Kopf, sich in seinen Fauteuil zurücklehnend, antwortet er langsam, in perfektem Französisch:

„Ja, ich glaube an den fatalen Marsch gegen eine europäische Union. Ich glaube aber nicht, dass diesem grossen Ziel gedient ist, wenn man mit allzu grosser Präzision von ‚Vereinigten Staaten Europas‘ spricht. Was dieser edlen, europäischen Idee, die Briand annahm, schadete, war dies: Er sprach von einer zu bestimmten Form von den Vereinigten Staaten Europas. Es war, als ob er eine neue

Briefmarke herausgegeben hätte. Deshalb blieb die Kampagne Briands fruchtlos und deshalb werden weitere Feldzüge, die von andern, noch lebenden Staatsmännern geführt werden, ziemlich sicher fruchtlos bleiben.“

Glauben Sie an einen Latein-Bund?

„Wenn die Idee der Vereinigten Staaten Europas ein Wahn sein sollte, glauben Sie an die Verwirklichung eines Latein-Bundes zwischen den europäischen Völkern?“

Ein Lächeln, eine unbestimmte Geste seitens des Ministers:

„Was wollen Sie, ich bin kein Prophet, noch der Sohn eines Propheten, aber ich wünsche heiss, stets besser werdende Beziehungen mit Frankreich, dem griechischen Volke und den jungen Republiken Süd-Amerikas. Aber seien wir vorsichtig. Man muss nicht die linguistischen Bindungen übertreiben. Das einzige, ideale Beispiel ist uns von der Schweiz gegeben, dieser bewunderungswürdigen, moralischen Einheit in der Mitte Europas. Sie zeigt uns, dass man brüderlich verbündet sein kann, trotz drei Sprachen: Deutsch, Französisch, Italienisch. Tröstendes Beispiel, leider aber einzig. Die Einigkeit der lateinischen Völker ist zweifellos ein Ziel, das man erstrebt, aber es ist noch nicht für morgen.“

Ihre bevorzugte Stadt der Schweiz?

„Herr Minister, ich bedaure Ihnen eine Frage vorzulegen, die nichts mit den oben erwähnten Problemen zu tun hat, aber da Sie von der Schweiz sprachen, darf ich Sie fragen, welche Stadt der Schweiz Sie in bester Erinnerung haben?“

Schweigen - ein Blick durch das Fenster. Graf Sforza sagt nach einem leichten Seufzer, mit ruhiger Stimme:

„Die ganze Schweiz ist mir lieb. Ich bin mit ihr durch viele Erinnerungen verbunden - und durch viele schöne Stunden. Wann werde ich dieses Land wohl wieder einmal sehen? Sehen Sie, die Stadt, die ich am besten kenne, ist Zürich, aber die, welche ich am liebsten habe, ist Lausanne. Ihre Lage ist so herrlich und der See wundervoll.“

Paga Sforza!

Unser Gespräch neigt sich seinem Ende zu. Ich öffne mein Buch, das ich mitgenommen habe, und bitte den Minister um eine Widmung. Bevor er seine Feder zum Schreiben ansetzt, durchblättert er die Seiten, in denen ich Autogramme von Persönlichkeiten unserer Zeit gesammelt habe. Lachend ruft er aus: „Aha! Einer mehr!“ E Sforza che paga! „Oh ja, ich habe schon viel bezahlen müssen mit meiner Person!“ fügt er nachdenklich hinzu. - Der Minister erhebt sich und begleitet mich bis zur Tür: „Viel Glück, mein Freund.“ sagt er, mir die Hand reichend, und wir trennen uns.

Am Ausgang des Palazzo Chigi hält mich eine Wache auf:

„Sehen Sie, Signore, unser Minister ist nicht nur ein Staatsmann, er ist auch ein Mensch, solche Menschen wie er, haben wir nötig zur Führung unseres Italiens.“

Zweifellos, denke ich, aber warum haben solche Männer zwanzig Jahre im Exil gelebt? John Rasetti.